



KOMMENTAR

# Die unendliche Geschichte des § 14a



**Mit einem Flugblatt unter der Überschrift „Landesbesoldungsamt verliert erneut“ setzten wir am 4. Juni 2009 die nun schon bald „unendliche Geschichte“ des § 14a Beamtenversorgungsgesetz fort. Erneut hatte unser Land vor Gericht verloren.**

OVG hatte bereits das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2005 „detailliert“ begründet, „... warum keine Rechtfertigung besteht, diejenigen Beamten, die nur Anspruch auf das sog. Amtsabhängige Mindestruhegehalt haben, von der begünstigenden Wirkung des § 14a BeamtVG auszuschließen.“

Aber das dürfte für das Finanzministerium auch nichts Neues gewesen sein. Ich denke, wir waren nicht intelligenter als die Entscheidungsträger im hohen Hause der Finanzen, als wir 2006 unsere Musterverfahren starteten, denn wenn es so gewesen wäre, wäre es ein Armutszeugnis für die Finanzministerien Ostdeutschlands.

Aber wie häufig, insbesondere auch in jüngster Zeit feststellbar, beugten sich Letztere dem Diktat des Geldes. Ostdeutschen Versorgungsempfängern Gerechtigkeit wi-

derfahren zu lassen, wäre wohl zu teuer geworden. Anders kann es nicht gewesen sein, denn drei Jahre später war wieder Zeit und Gelegenheit zum Einlenken. Das Land verlor im Januar 2008 vor dem Verwaltungsgericht Greifswald. Der Bund verlor zum selben Zeitpunkt. Der Unterschied – der Bund verzichtete auf eine Berufung und zahlt seitdem seinen Beamten das Geld.

Und genau das erwarten wir jetzt – und zwar unverzüglich! Unsere Kolleginnen und Kollegen haben lange genug gewartet.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Urteils und dessen Rechtskraft haben wir die Finanzministerin zum Zahlen aufgefordert. Jetzt bleibt abzuwarten, ob wirklich gezahlt wird oder erneute kreative Versuche des Herauswindens ersonnen werden.

*Michael Silkeit*

Das Oberverwaltungsgericht Greifswald schrieb dem Finanzministerium am 25. Mai ins Stammbuch, dass dessen Rechtsauffassung nicht überzeugte. Nach Ansicht des

## STELLENABBAU

# Bei beabsichtigtem Stellenklau noch keine Einigung in Sicht!

**Anlässlich eines Gespräches mit Innenminister Lorenz Caffier (CDU) am Rande der am 13. Mai 2009 stattgefundenen Landtagssitzung forderte der Landesvorsitzende der GdP, Michael Silkeit, den Verzicht auf neuerlichen Stellenabbau bei der Polizei.**

Das Gespräch war von der GdP unmittelbar nach der jüngsten Berichterstattung der Schweriner Volkszeitung gefordert worden, nachdem diese über Pläne der Finanzministerin berichtete, bei der Polizei bis 2020 weitere 700 Vollzugsstellen abzubauen.

Silkeit erklärte bei dem Gespräch: „Die GdP und mit ihr alle Polizeibeschäftigten erwarten bei den demnächst beginnenden Haushaltsverhandlungen eine klare Position des Innenministers.“ „Sollte das Fi-



nanzministerium sich mit seinen Vorstellungen durchsetzen, können wir auch gleich abschließen“, so Silkeit weiter.

„Schon heute sind wir ständig dabei, die Personaldecke hin- und herzuerrren.“

Innenminister Caffier sicherte seine volle Unterstützung zu und unterstrich nochmals die Dringlichkeit eines kurzfristigen Einstellungskorridors.

Auch mit der Finanzministerin Heike Polzin kam eine Vereinbarung über einen kurzfristigen Gesprächstermin mit der GdP zu Stande.



# „Der Kampf geht weiter!“

**Anlässlich einer Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten machten Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Anklam und Kolleginnen und Kollegen des EbL Anklam ihren Herzen Luft und verdeutlichten, was sie von den beabsichtigten Strukturveränderungen halten. Einhellige Befürchtung aller Anwesenden: Die Strukturveränderungen werden die personellen Probleme der Landespolizei nicht lösen, zusätzliche Kräfte kommen niemals in der Fläche an, die beabsichtigte Auflösung der IZD'en führt lediglich zum Versickern der Einsatzkräfte in den Polizeirevieren und zu einem erneuten Anstieg der Belastung der Kolleginnen und Kollegen in den Polizeirevieren und die Region Vorpommern wird untergebuttert.**

Nikolaus Kramer, GdP-Vertrauensmann im EbL Anklam, stellte den Landtagsabgeordneten die Frage, wer zukünftig, angesichts der ständig zunehmenden Einsatzbe-



## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe August 2009 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 10. 7. 2009. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

lastung, die Einsätze in Gruppen- bzw. Zugstärke leisten soll.

Ein weiterer Kollege fragte, wie ernst die Warnungen der GdP in der Vergangenheit genommen wurden, denn alle Erscheinungen, die jetzt unsere Polizei belasten, waren vorhersehbar. „Auch der Flop mit dem Kfz-Leasing war vorhersehbar und vermeidbar.“

Den kritischen Fragen und Statements stellten sich die Landtagsabgeordneten Heinz Müller (SPD), Matthias Lietz (CDU), Peter Ritter (Die Linke) und Sigrun Reese (FDP) sowie der Behördenleiter Klaus Wils und der GdP-Landesvorsitzende Michael Silkeit. Matthias Lietz (CDU) erklärte den Anwesenden, dass es nach wie vor keine Entscheidung zur zukünftigen Polizeistruktur gebe und die Parlamentarier deshalb vor Ort seien, um Hinweise und Informationen aufzunehmen. „Nicht alle von uns sind Innenpolitiker und deshalb besonders auf ihre Hinweise und Anregungen angewiesen.“

Sigrun Reese (FDP) prangerte die pauschale Sparpolitik der rot-roten Vorgänger-Regierung an, mit deren Auswirkungen wir heute konfrontiert sind und deren Fortsetzung wenig sinnvoll wäre.

Auch Peter Ritter (Die Linke) relativierte die Innenpolitik der letzten Jahre und räumte Nachbesserungsbedarf ein. Angesichts der Diskussion um Standorte zukünftiger Dienststellen und Behörden forderte Heinz Müller (SPD) den Einklang mit kommunalen Strukturen. Er stellte aber auch dar, dass für ihn die finanziellen Auswirkungen der Polizeistruktur auf den Tisch gehören. Einig waren sich die Landtagsabgeordneten, dass es noch erheblichen Diskussionsbedarf geben werde und dass ihr Interesse vor dem Hintergrund ihrer kommunalen Verantwortung nicht beim Polizeiorganisa-

tionsgesetz enden werde. Angesichts der jüngst bekanntgewordenen Sparpläne aus dem Finanzministerium und im Rückblick auf die „Entwicklungen“ der letzten Jahre brachte Klaus Wils das Thema auf den Punkt „Es dreht sich alles nur um das Geld“.

Um den Abgeordneten die Informationsgewinnung zu erleichtern und die Diskussion zu unterstützen, wurden und werden z. B. in Neubrandenburg und in Schwerin ähnliche Veranstaltungen durchgeführt. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der EbL sind herzlich dazu eingeladen.

**Der Kampf muss weitergehen!!**

## Zitate



Behördenleiter Klaus Wils (Foto): „Sind wir eine Präsenzpolizei, die sich mit ihren Streifenwagen in der Öffentlichkeit noch zeigt, oder eine Notfallpolizei, die nur kommt, wenn sie gerufen wird?“ Wils weiter: „Wir könnten unsere Aufgabe nicht mehr richtig wahrnehmen, wenn diese Reform kommt. Es ist jetzt schon zu wenig Personal da.“

Michael Silkeit (GdP) erkennt in dem neuen Regelwerk einen geplanten Rückzug aus der Fläche des Bundeslandes, was in Vorpommern gerade mit Blick auf die Neonazi-Szene gefährlich sei. „Wenn ihr wollt, dass wir im Land mit 4400 Einsatzkräften auskommen, dann erklärt uns, was in Zukunft für Aufgaben wegfallen.“



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

**Geschäftsstelle:**  
Graf-Schack-Allee 20  
19053 Schwerin  
Telefon: (03 85) 20 84 18-10  
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur  
für das Landesjournal  
Mecklenburg-Vorpommern  
Marco Bialecki  
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die  
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Bodo Andrae  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



## Altersgrenze

**Wie der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Vincent Kokert, am 28. 5. 2009 informierte, hat sich die CDU-Landtagsfraktion auf Kernpunkte für das künftige Landesbeamtenrecht verständigt.**

Im Rahmen der Föderalismusreform I ist die Gesetzgebungskompetenz an die Länder übergegangen. Nachdem am 1. 4. 2009 das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) des Bundes in Kraft trat, können nun die Länder eine vollständige Überarbeitung des Landesbeamtenrechts vornehmen. Die norddeutschen Länder haben sich dabei auf ein Mustergesetz verständigt.

„Hinsichtlich der bereits breit diskutierten Frage der Anhebung der Altersgrenze für Vollzugsbeamte bei Polizei und Berufsfeuerwehren sind wir dafür, die bisherige Altersgrenze (Vollendung des 60. Lebensjahres) beizubehalten. Nur für Beamte, die dem bisherigen höheren Dienst zuzuordnen sind, soll die Altersgrenze von 64 Jahren gelten. Parallel ist für uns klar, dass ein weiterer Stellenabbau bei der Polizei nicht möglich ist, da dies insbesondere in der Fläche zu Vollzugsdefiziten führen würde“, unterstrich Vincent Kokert.

## Retourkutsche oder Maulkorb?

**Unmittelbar nach einer GdP-Podiumsdiskussion am 19. 5. 2009 in Anklam, an der Vertreter aller demokratischen Parteien teilgenommen hatten, sah sich der Abteilungsleiter Polizei im Schweriner Innenministerium, Frank Niehörster (Foto), veranlasst, landesweit grundsätzliche Beamtenpflichten anzumahnen.**

**Niehörster wörtlich: „Auch im Hinblick auf die Pflicht eines Beamten auf Unparteilichkeit und Zurückhaltung bei politischer Betätigung bitte ich, öffentlichkeitswirksame Auftritte im Zusammenhang mit den Wahlen zu vermeiden.“**



Sicherlich handelte es sich bei diesem Schreiben vom 20. 5. 2009 nur um eine zufällige Überschneidung mit unserer Veranstaltung, auf der es heftige Kritik an den beabsichtigten Strukturveränderungen galt. Ganz davon abgesehen, die Teilnahme und die Unterstützung für eine Veranstaltung, an der Vertreter aller demokratischen Parteien beteiligt sind, fällt nicht un-

ter den § 57 Landesbeamtengesetz Mecklenburg-Vorpommern. Auch sind Veranstaltungen von Gewerkschaften und Berufsvertretungen davon auszunehmen.

**GdP M-V im Internet:  
[www.gdp.de/MV](http://www.gdp.de/MV)**

## KERNPUNKT II

# „Opa-Polizisten“ gehören nicht auf die Straße

**Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die jüngste Initiative der CDU-Landtagsfraktion zur Beibehaltung der besonderen Altersgrenzen im Polizeivollzugsdienst. Der GdP-Landesvorsitzende Michael Silkeit bezeichnete die Verlautbarungen von Vincent Kokert (CDU) als ersten Schritt in die richtige Richtung und hoffentlich erstes Anzeichen für eine Einigung in der großen Koalition.**

Silkeit wörtlich: „Die besondere Altersgrenze bei Polizisten und Feuerwehrleuten resultiert aus den besonderen Belastungen, denen diese Berufsgruppen ausgesetzt sind und die seit Jahren dramatisch ansteigen. Darauf kann man nicht mit Opa-Polizisten antworten.“

Das Innenministerium hatte auf Wunsch des Finanzministeriums die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei Polizisten und Feuerwehrleuten in einem Entwurf zu einem neuen Landesbeamtengesetz aufgenommen, das nunmehr dem Landtag zur Abstimmung vorliegt.

Silkeit weiter: „Wer stets und ständig die gesamte Landesverwaltung nur unter rein fiskalischen Gesichtspunkten betrachtet, der verwaltet lediglich Finanzen, ist aber meilenweit davon entfernt, Finanzpolitik zu gestalten. Der öffentliche Dienst in M-V braucht Nachwuchs und keine Vergreisung. Wenn das Finanzministerium Geld sparen will, dann soll es beispielsweise dafür Sorge tragen, dass junge Menschen, die wir ausbilden, im Land verbleiben und nicht in den Westen abwandern.“ Schon seit geraumer Zeit stellt die GdP fest, dass Mecklenburg-Vorpommern viel Geld in die Ausbildung

junger Nachwuchskräfte pumpt und diese dann, obwohl dringend benötigt, außer Landes treibt. Welchem Konkurrenzdruck wir zukünftig angesichts des drastischen Bewerbersrückgangs ausgesetzt sein werden, bewies Hamburg in diesem Jahr, dessen Senat ein 300-Millionen-Programm zur Stärkung des öffentlichen Dienstes verabschiedete und damit den Kampf um die Schulabgänger im Norden eröffnete.

Für die GdP ist bezeichnend, dass unsere westlichen Nachbarländer auf die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei Polizisten und Feuerwehrleuten verzichtet haben.



# Der Kampf um den 24-h-Schichtdienst bei den Berufsfeuerwehren hat sich gelohnt!

**Es war ein langwieriger Prozess, bis wir mit dem Ergebnis zufrieden sein konnten. Die Fachgruppe Feuerwehrr in der Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Neubrandenburg hat hier eine gute Arbeit für die Berufsfeuerwehrrleute geleistet.**

Durch konstruktive Gespräche mit Personalräten, den demokratischen Parteien im Landtag und anderen Gewerkschaften und durch zwei große Demonstrationen vor dem Schloss in der Landeshauptstadt Schwerin, konnten alle Beteiligten von der Notwendigkeit eines 24-h-Schichtsystems überzeugt werden. Hintergrund war, das auf Betreiben von Amtsleitern der Berufsfeuerwehren in M-V das Innenministerium bei den Feuerwehren keine 24-h-Schichten mehr zulassen wollte.

Der GdP-Landesvorsitzende Michael Silkeit führte Gespräche mit dem Innenminister Lorenz Caffier, die für unsere 600 Berufsfeuerwehrrleute im Land schon hoffen ließen.

Von der Berufsfeuerwehrr Neubrandenburg führte der Kollege Kowalke intensive

Gespräche mit der SPD-Fraktion im Landtag, die ihre Unterstützung nach einer Klausurtagung in der Berufsfeuerwehrr Neubrandenburg auch zusagte.

Die Neubrandenburger Kreisgruppe der GdP unterstützte die Berufsfeuerwehrrleute mit finanziellen Mitteln, unter anderem für den Bus zur Demonstration am 12. Dezember 2007 und durch kollegiale Unterstützung.

„Den Charakter eines Menschen erkennt man erst dann, wenn man seine Hilfe braucht!“ Diese Worte auf einem Plakat haben unsere ganze Hoffnung zum Ausdruck gebracht.

Heute und hier möchten wir uns bei allen Akteuren, die an dieser Lösung mitgearbeitet haben, bedanken. „Auch wenn man über seinen Schatten springen muss,



man kommt immer wieder auf die Erde zurück.“ Dieser Satz prägt nicht nur unser Tun und Handeln. **Daniel Kowalke**

## SENIORENGRUPPE

# „Senioren-Landreisen“ in den Frühling

**In den Frühling „2009“ startete die Seniorenkreisgruppe Schwerin der GdP mit zwei Fahrten: Eine zum Airbus-Werk Hamburg-Finkenwerder und eine Bus-Schiffsfahrt nach Lübeck zur Besichtigung der Marzipanmanufaktur und einen Stadtrundgang.**

Die Rückfahrt erfolgte mit dem Schiff von Lübeck auf der Wakenitz nach Ratzeburg und weiter mit dem Bus nach Schwerin. Der Vorschlag für diese Fahrten wurde auf der Weihnachtsfeier 2008 unterbreitet. Die Organisation der Fahrten erfolgte durch das Reiseunternehmen „Landreisen“ Schwerin. Rechtzeitig wurde aber informiert, dass bei der Besichtigung des Airbus-Werkes am 15. 4. ein Fußweg von ca. 1,5 Stunden einzuplanen ist. Daraufhin sagten einige Interessenten aus gesundheitlichen Gründen ab. In der Tat war die Besichtigung anstrengend. Dafür wurden wir mit einer technisch-interessanten Führung belohnt. Es wurden die einzelnen Montagevorgänge in den Hallen gezeigt. Verständlicherweise wurde der Prüfstand der Triebwerke aus Sicherheitsgründen nicht besichtigt.



Am 13. 5. brachte uns der Bus von „Landreisen“ nach Lübeck. Nach einem kurzen Stadtrundgang, der Besichtigung des sehenswerten Rathaussaales ging es zur Marzipanmanufaktur und Marzipanshow. Hier wurde uns alles Wissenswerte über die Geschichte, Herstellung und Verwendungsmöglichkeiten dieses Erzeugnis-

ses vermittelt. Anschließend konnte jeder beweisen, dass er selber aus diesem Erzeugnis eine Rose modellieren kann. Hierfür bekam dann jeder ein Diplom. Aus hygienischen Gründen findet seit Jahren kein Zutritt zu den Produktionsanlagen mehr statt.

Nach dem Mittagessen am Dom begann zunächst die zweistündige Fahrt auf dem Schiff von Lübeck nach Ratzeburg-Rothenhusen auf der Wakenitz durch eine herrliche Landschaft. In Ratzeburg wartete der Bus auf uns und brachte uns ein Stück über den „Grenzweg“ nach Schwerin zurück.

Am 15. 9. ist gemeinsam mit den Senioren der Kreisgruppe Rostock eine Fahrt nach Stralsund sowie eine Fahrt zum Bundestag Berlin, deren Termin jedoch noch nicht feststeht, geplant. **Herbert Schneider**



**EINSATZBETREUUNG**

## Wieder gut angenommen

Die NPD sagte ihre geplante Demonstration anlässlich des 1. Mai 2009 in Neubrandenburg kurzfristig ab, plante aber eine erneute Demo am 8. Mai 2009 in Demmin in der Zeit von 20.00 Uhr bis 24.00 Uhr. Ca. 300 Einsatzkräfte sicherten diese Veranstaltung ab. Die NPD sagte ihre geplante Demonstration anlässlich des 1. Mai 2009 in Neubrandenburg kurzfristig ab, plante aber eine erneute Demo am 8. Mai 2009 in Demmin in der Zeit von 20.00 Uhr bis 24.00 Uhr. Ca. 300 Einsatzkräfte sicherten diese Veranstaltung ab.



Viele von ihnen waren bereits eine Woche vorher, am 1. Mai 2009, im Einsatz dabei. Für die Kreisgruppe Neubrandenburg und dem Bezirkspersonalrat war klar, wir sind dabei und betreuen unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Petra Gerdsmann, Silke Meyer und Andreas Wegner (im Bild von v. l. n. r.) starteten ihre Fahrt mit reichlichem Proviant, um die Einsatzkräfte mit einer heißen Bockwurst und einem Brötchen zu überraschen. Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen in der Dienststelle kamen in den Genuss der so genannten „Boku“, sondern auch die Kräfte in den Vorkontrollen und einzelnen Einsatzabschnitten. Uns hat es mal wieder gezeigt, dass diese Einsatzbetreuung durch die GdP bei allen gut angekommen ist. **Petra Gerdsmann**

## GLÜCKWUNSCH

Die Kreisgruppe Rostock gratuliert in diesem Monat seinen Jubilaren:  
**zum 70. Geburtstag:** Eckhard Krüger  
**zum 60. Geburtstag:** Günter Köster, Klaus Fuge  
**zum 50. Geburtstag:** Bernd Wolf, Jens Reinhold, Reinhard Neumann, Ute Schlösser

**LANDESFACHAUSSCHUSS – WSP**

## Konstituierende Sitzung

**Am 14. Mai 2009 trafen sich in der Landesgeschäftsstelle in Schwerin die durch die Kreisgruppen benannten Fachausschussmitglieder zur Wahl ihres neuen Vorstandes. An der Sitzung nahm auch Manfred Seegert, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes, teil.**

Nachdem sich im April 2009 der geschäftsführende Landesvorstand neu konstituierte, wählten nun auch die Mitglieder des Landesfachausschuss – WSP ihren neuen Vorstand. Zum Vorsitzenden wurde wieder Joachim Büttner (Bildmitte), KG Nordwestmecklenburg, gewählt.

Die Wahl zum Stellvertreter entfiel auf Hans-Peter Kröning (im Bild: links außen), KG Neubrandenburg.

Als Schriftführer für die anstehende Wahlperiode fungiert Manuel Naumann, KG Rügen.

Der alte und neue Vorsitzende möchte auf diesem Wege noch mal Dank sagen an die ehemaligen Fachausschussmitglieder Eckehard Flügge, KG Wolgast, und Peter Bracker, KG Ludwigslust. Beide haben den Landesfachausschuss jahrelang aktiv begleitet und werden nun als Pensionäre einen neuen Lebensweg beschreiten.

In der sich anschließenden Diskussion wurden die aktuellen gewerkschaftlichen Themen erörtert. Besorgnis erregend erscheint die Ankündigung der Finanzminis-

terin, in den kommenden Jahren bis zu 700 Stellen bei der Landespolizei abzubauen. In den Dienststellen, auch der der Wasserschutzpolizei, ist die Personaldecke jetzt schon recht dünn. Die anstehende Pensionierungswelle ab 2010 wird die Situation noch verstärken.



Auch die bevorstehende Neuorganisation der Landespolizei bleibt Gesprächsthema des LFA. Hier wird man dem Landesvorstand mit Rat und Tat zur Seite stehen.

**Joachim Büttner**

## BEAMTENVERSORGUNGSGESETZ

# Erfolg – Landesbesoldungsamt verliert erneut!!

**Mit Beschluss vom 25. Mai 2009 – Az: 2L 45/08 (6A392/07) – hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Greifswald die Rechtsauffassung der Gewerkschaft der Polizei zur Anwendung des § 14a Beamtenversorgungsgesetz bestätigt und die Berufung des Landesbesoldungsamtes Neustrelitz abgewiesen.**

Damit ist das erstinstanzliche Urteil des VG Greifswald vom 24. Januar 2008 rechtskräftig.

Wir berichteten am 25. Januar 2008 über dieses Verfahren, das von einem Kollegen der Landespolizei gewonnen worden war und über die sich anschließende Verweigerungshaltung des Finanzministeriums.

Mit einem Schreiben vom 4. Juni 2009 fordert der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Silkeit, Finanzministerin Heike Polzin auf, den Beschluss unverzüglich auf alle ruhend

gestellten Verfahren unserer Versorgungsempfänger anzuwenden.

Hintergrund der Auseinandersetzungen ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, nach dem alle Versorgungsempfänger, die mit ihrem verdienten Ruhegehaltssatz die 35% Mindestversorgung unterschreiten, Anspruch auf diese haben, sowie pro rentenversicherungspflichtiges Jahr um einen weiteren Prozentpunkt. Die Anwendung dieses Urteils würde zu einer deutlichen Verbesserung der Versorgungsbezüge zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr führen.



## „Segway PT“

Die Polizei auf der Bundesgartenschau in Schwerin hat jetzt einen echten Hingucker. Den Beamten der BUGA-Wache steht jetzt ein Stehroller des Typs „Segway PT“ zur Verfügung. Es ist das erste Gerät seiner Art, das die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern einsetzt. Dafür wurde es speziell mit Blaulicht, Martinshorn und einer Lautsprecheranlage ausgestattet. Der „Segway“ kann eine max. Geschwindigkeit von bis zu 20 km/h erreichen.



Die Beamten der BUGA-Wache haben mit dem „Segway“ in den zurückliegenden Tagen geübt, um einen sicheren Betrieb zu gewährleisten.

Polizeiobermeister André Lemcke ist von dem außergewöhnlichen Fahrzeug begeistert. „Durch die extreme Wendigkeit des „Segway“ kommt man auch bei viel Publikumsverkehr auf der BUGA gut voran. Die Gäste staunen über das Gerät und man kommt mit ihnen schnell ins Gespräch. Genau das wollen wir mit unserer Präsenz auf der Gartenschau ja erreichen.“ Auf der Bundesgartenschau 2009 wird das „Öko-Gerät“ zunächst nur getestet.

Über den weiteren Einsatz bei der Landespolizei ist aber noch nicht entschieden.

Der „Segway Personal Transporter“ wurde von dem US-Amerikaner Dean L. Kamen erfunden.

## Krise erreicht Arbeitsgerichte

**Mit der Wirtschaftskrise rollt eine Welle von Kündigungsklagen auf die Justiz in Mecklenburg-Vorpommern zu. Während das Landesarbeitsgericht in Rostock von einer Zunahme der Klagen gekündigter Arbeitnehmer bereits um 20 bis 30 Prozent seit Ende 2008 spricht, sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) den Gipfel noch nicht erreicht, wie eine dpa-Umfrage ergab. Hans-Joachim Seel, Vorsitzender Richter und Sprecher des Landesarbeitsgerichts, bestätigte einen regional unterschiedlichen, aber stetigen Anstieg der Klagen in allen Branchen. Die meisten Verfahren endeten mit einem Vergleich, ohne dass der Kläger seinen Job wiederbekommt.**

Die Verfahrenszahlen des DGB Rechtsschutz in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 ließen von einer Krise auf dem Arbeitsmarkt noch nichts vermuten. Im vierten Quartal erreichte die Finanz- und Wirtschaftskrise dann auch die Arbeitsgerichte: Im Vergleich zum Vorjahresquartal stieg die Zahl der Kündigungsschutzklagen in Oktober, November und Dezember 2008 um mehr als 50 Prozent und auch die Zahl der Rechtsstreite um befristete Verträge hat sich fast verdoppelt. Das lässt sich mit einer leichten Konjunkturschwankung nicht mehr erklären.

Wenn sich die Auftragslage verschlechtert oder Aufträge ganz ausbleiben, greifen manche Unternehmen offensichtlich gleich zum eigentlich letzten Mittel und kündigen betriebsbedingt. Das müssen ArbeitnehmerInnen aber nicht in jedem Fall einfach hinnehmen. Der DGB Rechtsschutz hat Gewerkschaftsmitglieder auch in der aktuellen Krisenzeit bereits erfolgreich bei Kündigungsschutzklagen vertreten. Zum Beispiel Ende 2008 vor dem Arbeitsgericht Nürnberg: Ein Gewerkschaftsmitglied, das als Reinigungskraft bei einem Gebäudereiniger angestellt war, erhielt die Kündigung. Die Begründung: Der Arbeitgeber hatte einen Reinigungsauftrag verloren, machte eine Massenentlassungsanzeige bei der Bundesagentur für Arbeit und kündigte der Reinigungskraft. Die zog, vertreten durch den DGB Rechtsschutz, vor Gericht und bekam Recht. Die Begründung des Arbeitgebers für die Kündigung sei zu pauschal, so das Urteil. Der Arbeitgeber habe nicht klargemacht, wann genau er den für die Kündigung angeführten Auftrag verloren habe und vor allem sei nicht begründet worden, warum die Reinigungskraft nicht anderweitig beschäftigt werden könne. Das wäre der Firma sicherlich

auch schmerzlich: Denn nachdem der Auftrag bereits verloren war, hatte die Reinigungskraft zunächst weiter für das Unternehmen gearbeitet.

Auch in Krisenzeiten gibt es also die Chance, gerichtlich gegen eine Kündigung vorzugehen. Bei Gewerkschaftsmitgliedern übernehmen die Gewerkschaften die Verfahrenskosten und der DGB Rechtsschutz vertritt sie vor Gericht. Insgesamt über 138000 neue Verfahren vor Arbeits- und Sozialgerichten hat die DGB Rechtsschutz GmbH im vergangenen Jahr geführt und über 300 Millionen Euro für die von ihr vertretenen Gewerkschaftsmitglieder erstritten. Das sind im Schnitt 2200 Euro pro Verfahren. Den größten Anteil bei Arbeitsrechtsverfahren hatten Klagen zum Arbeitsentgelt und zur Eingruppierung, wie übrigens bereits in den vorangegangenen Jahren. Das zeige, wie es mit der Zahlungsmoral mancher Arbeitgeber bestellt ist, fasst der DGB Rechtsschutz diesen ungebrochenen Trend zusammen. Aus: DGB-einblick

### STUDIENREISE

## Frankreich 2009

Die Kreisarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ Rostock e. V. führt in Kooperation mit der französischen Jugendorganisation „Leo Lagrange“ und der Gewerkschaft der Polizei M-V eine staatspolitische Bildungsveranstaltung zum Thema „Gemeinsame Probleme – gemeinsames Handeln – Aufgaben der Polizei im vereinten Europa“ in der Zeit vom 18. 9. bis 26. 9. 2009 in Nîmes durch. Weitere Informationen: [www.gdp.de/MV](http://www.gdp.de/MV)



**ARBEITSMARKT**

# 1-Euro-Jobs in der Polizei?!

**Seit Anfang März wurden die ersten vier 1-Euro-Jobber bei der Polizeidirektion Neubrandenburg beschäftigt. Die Maßnahme, welche in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit durchgeführt wurde, ist nun nach drei Monaten ausgelaufen. Daher ist es Zeit ein Fazit zu ziehen, wie es in einem Artikel des Onlinemagazins MVregio heißt.**

Der Leitende Polizeidirektor Manfred Dachner betont, dass die jungen Leute sich sehr gut in den Arbeitsalltag integriert haben. Alle waren fleißig und zuverlässig. Im Rahmen der Kriminalprävention, insbesondere bei den Fahrradcodierungen, waren sie eine große Hilfe.

Ein Jugendlicher hat nach der Beschäftigung eine Umschulungsmaßnahme und ein anderer eine Weiterbildungsmaßnahme begonnen.

Nach Ansicht aller Beteiligten hat sich das Konzept bewährt und wird in dieser

Form auch weitergeführt, so dass sich weitere junge Menschen der Stadt im Rahmen dieser Maßnahmen profilieren können.

Für den Landesvorstand der GdP M-V sind die rechtlichen Voraussetzungen für solche Arbeitsverhältnisse, insbesondere aber die Gemeinnützigkeit, im öffentlichen Dienst nicht erfüllt. Statt den Billiglohnsektor staatlich aufzubauschen, sollten lieber neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Bedarf ist da, wie die Aktion beweist.

che Fragestellungen in den deutschen und europäischen Befragungen zurückgeführt wird, lassen sich in allen vier Datensätzen gleiche Strukturen in Form eines nahezu linearen Anstiegs der Beschwerdehäufigkeit erkennen, der von der Dauer der Arbeitszeit abhängt.

Besonders deutlich machen dies die beiden untersuchten Umfragen aus Deutschland. Hier klagt nur jeder zehnte Befragte in Teilzeit (weniger als 19 Wochenarbeitsstunden) über Schlafstörungen, bei Beschäftigten in Vollzeit (zwischen 35 und 44 Wochenarbeitsstunden) ist es bereit jeder Fünfte.

## Schlafbeschwerden

Im Bereich der Beschäftigten mit deutlich überlangen Arbeitszeiten von mehr als 60 Stunden pro Woche leidet nach eigenen Angaben sogar etwa jeder Vierte unter Schlafbeschwerden. Faktoren wie Schichtarbeit, variable Arbeitszeiten, Arbeit an Wochenenden oder schlechte Planbarkeit der Arbeitszeit wirken sich verstärkend auf gesundheitliche Beeinträchtigungen aus.

Für die meisten gesundheitlichen Beeinträchtigungen lassen sich in allen vier Studien ähnliche Zusammenhänge finden. Ausnahmen bilden Beschwerden wie Husten, Erkältung oder Allergien, die erwartungsgemäß wenig von der Arbeitsdauer abhängen.

## Ergebnis

Die Ergebnisse der vier untersuchten Stichproben stützen sich gegenseitig und sichern sich damit ab. Damit steht gesichert fest, dass längere Arbeitszeiten das Risiko gesundheitlicher Beeinträchtigung erhöhen. Die negativen Auswirkungen langer täglicher und wöchentlicher Arbeitszeiten auf das Unfallrisiko sind bereits seit einiger Zeit bekannt. In Diskussionen um Arbeitszeitverlängerungen sollte deshalb nicht nur auf die wirtschaftliche Komponente geschaut, sondern auch deren gesundheitlichen und sozialen Effekte berücksichtigt werden.

## Mehr Informationen

Der sechs Seiten lange Artikel „Lange Arbeitszeiten und Gesundheit“ befindet sich auf der Homepage der BAuA.

Die Internetseite der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ist unter [www.baua.de](http://www.baua.de) zu erreichen.

## GESUNDHEITSSCHUTZ

# Lange Arbeitszeiten wirken sich auf die Gesundheit aus

**Der Anteil von Beschäftigten, die über Schlafstörungen klagen, nimmt mit der Dauer der geleisteten Arbeitszeit zu. Insgesamt steigt das Risiko gesundheitlicher Beeinträchtigungen bei langen Arbeitszeiten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Bei der Auswertung vier unabhängiger Befragungen ließ sich ein direkter Zusammenhang zwischen der Dauer der geleisteten Arbeitsstunden und dem Auftreten gesundheitlicher Beschwerden wie Schlafstörungen, Rückenschmerzen und Herzbeschwerden nachweisen. Faktoren wie Schichtarbeit, variable Arbeitszeiten und Arbeitsschwere wirken sich verstärkend aus.**

Die Arbeitszeiten in Deutschland werden immer flexibler. Darüber hinaus verzeichnete das Statistische Bundesamt 2007 einen Höchststand der Anteile für Schicht-, Abend- und Nachtarbeit sowie die für die Arbeit an Wochenenden und Feiertagen seit Beginn der Erhebungen. Seit längerem vermuten Arbeitswissenschaftler einen Zusammenhang zwischen langen Arbeitszeiten und gesundheitlichen Beschwerden. Die BAuA führte deshalb eine systematische Untersuchung durch, die sich auf eine große Stichprobe stützt. Dabei bildeten die dritte und vierte europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen (2000 und 2005), die Befragung

„Was ist gute Arbeit?“ (2004) und die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung (2006), die Datenbasis. Damit flossen die Daten von insgesamt über 50 000 Befragten in die Untersuchung ein.

## Studie

Die jetzt veröffentlichte Studie zeigt beispielhaft den Zusammenhang zwischen der wöchentlichen Arbeitsdauer und drei gesundheitlichen Symptomen – Schlafstörungen, Rückenschmerzen und Herzbeschwerden – auf. Trotz unterschiedlichen Beschwerdeniveaus, das auf unterschiedli-



**+++ Schlagzeilen-Ticker +++**

Der Nordkurier meldete am 7. 5. 2009, dass im Osten Mecklenburg-Vorpommerns kein Tag ohne Autoeinbrüche vergeht – bis zu zehn in einer Woche registriert die Polizei. Heringsdorf, Anklam oder Greifswald: „Keine Stadt oder Region ist vor den Tätern sicher“, so Polizeisprecher Falkenberg. In Mecklenburg-Vorpommern etabliert sich ein regelrechter Autoknacker-Tourismus: Die Ermittlungsbehörden gehen von Diebstahls-Reisen aus, die im Vorfeld fein säuberlich geplant und dann Stück für Stück abgearbeitet werden. Dabei suchen sich die Täter entlegene oder unbelebte Parkplätze aus, schlagen sogar am helllichten Tag zu.

Erst um die Jahrtausendwende sprengte die Polizei einen Autoknacker-Ring, der aus Polen gesteuert in ganz Deutschland auf Beutetour ging. „Generell ist es schwierig, Täter zu fassen – gelingt aber immer öfter“, sagt Olaf Seidlitz vom Landeskriminalamt. „Auch die Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen wird besser. Es gibt aber noch Reserven“, so Seidlitz.

**Personaleinsatz**

Gegenüber der Deutschen Presse Agentur (dpa) ist nach den Worten des Chefs des Landeskriminalamts (LKA), Ingmar Weitemeier, die Zahl der Straftaten mit internationalen Zusammenhängen in den vergangenen Jahren angestiegen.

Es sei zu vermuten, dass rund 50 Prozent aller Kriminalität in irgendeiner Weise einen Bezug zum Ausland habe, sagte Weitemeier der dpa am Rande der Ostsee-Sicherheitskonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung am 12. 5. 2009 in Rostock. Bei diesen Fällen müsse zur Abklärung Kontakt mit ausländischen Behörden aufgenommen werden. „Diese zunehmende Internationalität erfordert auch einen höheren Personaleinsatz bei der Polizei“, betonte der LKA-Direktor.

**Personalnot**

Die FDP hat vor gravierenden Sicherheitslücken in Folge weiterer Personalkürzungen im öffentlichen Dienst des Landes gewarnt. „Schon jetzt ist die Polizei in einer Stadt wie Rostock kaum noch in der Lage, ihre Aufgaben sachgerecht zu erfüllen. Wer dem nach den Vorfällen bei der FDP-Wahlkundgebung dort noch wi-

derspricht, der verschließt bewusst die Augen vor dem ganzen Dilemma“, sagte der FDP-Innenexperte Gino Leonhard im Gespräch mit der Deutschen Presse Agentur dpa. Seinen Angaben zufolge waren nur zwei Beamte zeitweilig bei der Kundgebung dabei, bei der Unbekannte ein Ei auf FDP-Chef Guido Westerwelle und Farbbeutel gegen die Bühne geworfen hatten.

**Verfassungsschutzbericht**

„Angehörige rechtsextremistischer Subkulturen verteilen sich mit einer gewissen Schwerpunktbildung in einzelnen Bereichen nach wie vor über das gesamte Land. Kennzeichnend für diese Szene ist eine meist lose Struktur und ein nicht zu unterschätzendes Aggressionspotenzial, das im Berichtszeitraum angewachsen ist. Ein Beleg für die zunehmende Gewaltbereitschaft der subkulturellen Szene ist der Umstand, dass selbst vor Übergriffen auf Polizeibeamte wie z. B. bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen nicht mehr zurückgeschreckt wird“, so Minister Caffier bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes M-V am 28. 5. 2009 in Schwerin.

**Stellentausch**

Niedersachsen < > M-V  
Kriminalkommissar der BesGr. A 9 g. D. des PK Barsinghausen (PD Hannover, PI Garbsen) sucht eine/n Tauschpartner/-in aus Mecklenburg-Vorpommern. Eine Verwendung in M-V ist egal. Kollegen für einen Ringtausch sollten sich auch unbedingt melden. Nähere Informationen gerne persönlich.

Telefon: 01 75/5 40 68 61 oder unter: [Stefan.Brandt1@gmx.net](mailto:Stefan.Brandt1@gmx.net)

Hamburg < > M-V  
PK'in aus Hamburg (derzeit LBP) sucht Tauschpartner/-in aus Mecklenburg-Vorpommern. Auch Ringtausch möglich. Nähere Informationen gerne persönlich.

Telefon: 01 76/60 02 18 55 oder [christiane.scholtz@polizei.hamburg.de](mailto:christiane.scholtz@polizei.hamburg.de)

Bundeskriminalamt < > M-V  
Ich suche dringend einen Tauschpartner des gehobenen Dienstes (A 9–A 11) aus Mecklenburg-Vorpommern. Einsatzmöglichkeit wäre in allen Abteilungen des BKA mit den Einsatzorten Berlin, Wiesbaden, Meckenheim möglich. Nähere Informationen gerne persönlich.

Telefon dienstlich: 0 30/5 36 12 66 98

**IN STILLER TRAUER****Nachruf**

**Wir trauern um unseren ehemaligen Kollegen**

**Polizeihauptmeister a.D**

**Klaus Rosenthal**

\* 23.02.1939

† 13.05.2009

**Sein Andenken bewahren wir in Ehren.**

**Fredi Ewert**

**Leiter der WSPI Sassnitz**

**Enrico Quaas**

**ÖPR der WSPI Sassnitz**

